

AZ: SGL I - bu/krö -

Drucksache Nr.: 1360/2003/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	20.11.2007	N	Kenntnisnahme
Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	28.11.2007	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	04.12.2007	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister

Verhandlungsgegenstand:

Overheadkosten des Fachbereiches I

A n t r a g :

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen:

In 2007 ca. 315.000,-- €Einsparungen, in den nachfolgenden Haushaltsjahren noch nicht abschließend bezifferbar, da laufender Prozess.

B e g r ü n d u n g :

Gliederung

1. Auftragsgrundlage, Stand der bisherigen Konsolidierungserfolge (Anlage 1) und Übersicht der z. Z. laufenden Prüfungsmaßnahmen
2. Grundsätzliche Anmerkungen zur Bewertung der erreichten Erfolge und zu den Grenzen weiterer Einsparmöglichkeiten

Zu 1.: Auftragsgrundlage und Stand der bisherigen Konsolidierungserfolge

Die Ratsversammlung hat am 27.03.2007 im Rahmen der Haushaltsberatungen u. a. die Verwaltung beauftragt, Maßnahmen zur drastischen Senkung **der Overheadkosten im Fachbereich I** zu entwickeln und der Ratsversammlung zur übernächsten Ratsversammlung (10.07.2007) vorzulegen.

Mit der DS 1247/2003 wurde der Ratsversammlung am 10.07.2007 über die bisher erreichten Einsparungen berichtet. Der Bericht wurde jedoch von der Ratsversammlung nicht akzeptiert und die Verwaltung erneut aufgefordert, den Beschluss vom 27.03.2007 umzusetzen.

Mit der DS 1283/2003 wurde erneut aufgezeigt, in welchem Umfang Einsparungserfolge bereits umgesetzt werden konnten, aber auch dieser Bericht wurde nicht akzeptiert und die Verwaltung erneut aufgefordert, den Beschluss vom 27.03.2007 ordnungsgemäß umzusetzen.

Um die unterschiedlichen Bewertungen bezüglich der Reduzierung von Overheadkosten auszuräumen, fand am 02.11.2007 ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, Ratsherrn Hauke Hahn, und dem Oberbürgermeister, Herrn Unterlehberg, statt, in dem Übereinstimmung erzielt wurde, dass in die Überlegungen zur weiteren Reduzierung der Overheadkosten auch Maßnahmen einbezogen werden sollen, die Dienstleistungen betreffen, die von der Verwaltung bisher für die Selbstverwaltung erbracht werden, d. h., **dass der Auftrag zur Reduzierung der Overheadkosten des Fachbereiches I nunmehr auf das gesamte Dienstleistungsspektrum des Fachbereiches I ausgeweitet wird.**

In Anlage 1 wird zunächst an Hand der einzelner Haushaltsunterabschnitte dargestellt, welches Einsparergebnis gegenüber Ende 2004 bisher erreicht wurde. **Die Stellen, die seit Ende 2004** von der Ratsversammlung **zusätzlich beschlossen wurden** und beim Fachbereich I eingerichtet wurden, **sind in der Übersicht gesondert ausgewiesen.**

Mit einem Einsparergebnis von 20,1 Stellen oder 17,3 % wird erkennbar, welcher erheblichen Einsparungsbeitrag der Fachbereich I gegenüber Ende 2004 bisher bereits erbracht hat.

Mit der Einschätzung des weiteren Einsparpotenzials in Anlage 1 wird aufgezeigt, wo aus Sicht der Verwaltung **noch weitere Potenziale gesehen werden und der Prüfungsauftrag noch nicht abgeschlossen wurde und wo dies nicht der Fall ist.**

Darüber hinaus wird aufgezeigt, welche weiteren Sparmaßnahmen bezüglich des Fachbereichs I sich zur Zeit in der Prüfung befinden (Ifd. Nr. 18-23).

Zu 2.: Grundsätzliche Anmerkungen zur Bewertung der erreichten Erfolge und zu den Grenzen weiterer Einsparmöglichkeiten

Der Abbau von Personal(kosten) ist relativ unproblematisch, solange gleichzeitig auf die damit zusammenhängende Aufgabenerledigung verzichtet wird. Erfolgt die Reduzierung ohne Aufgabenverzicht, bedeutet dies in der Regel eine stärkere Belastung des Personals durch Arbeitsverdichtung.

Bei den Overheadkosten handelt es sich zum Teil um gesetzliche Aufgaben, bei denen entweder überhaupt kein Spielraum für Einsparungen vorhanden ist oder der Spielraum zumindest stark eingeschränkt ist.

Zusätzliche Einsparmöglichkeiten ergeben sich lediglich durch eine rationellere Aufgabenerledigung oder durch den Abbau von bisherigen Standards.

Mit dem bisher erreichten Stellenabbau ist nach Auffassung der Verwaltung hinsichtlich der Belastung des Personals **ein kritischer Zustand erreicht**, der es zumindest erforderlich macht, weitere Einsparmaßnahmen sorgfältig auf die gewünschte Wirkung hin zu untersuchen. Dies gilt insbesondere für die zusätzlichen Sparmaßnahmen (Ifd. Nr. 20 - 22), damit eine weitere unnötige Belastung des Personals vermieden werden kann.

Darüber hinaus muss noch auf zwei weitere Sachverhalte hingewiesen werden, die Einfluss auf die Bewertung der bisher erreichten Einsparergebnisse haben:

1. Die städtischen Personalausgaben werden in nicht unerheblichem Umfang negativ beeinflusst, ohne dass es die Möglichkeit zur Gegensteuerung gibt, da es sich um tarifvertragliche Entwicklungen oder andere extern verursachte Entwicklungen handelt. So wird es in 2007 zu einer Steigerung der Personalausgaben in Höhe von ca. 1 Mio. Euro kommen (siehe Bericht zur Personalkostenreduzierung DS 1338/2003).

2. **Der alleinige Blick auf die Entwicklung der Personalausgaben** lässt nur in sehr eingeschränkter Weise **den Umfang der bereits umgesetzten Einsparmaßnahmen** und den damit einhergehenden **Umfang der Arbeitsverdichtung** erkennen. Dies wird besonders deutlich bei der personalwirtschaftlichen Maßnahme der Altersteilzeit: Nach Ablauf der Arbeitsphase beginnt die Freistellungsphase, die maximal 5 Jahre betragen kann. Selbst wenn die Stelle nicht wiederbesetzt wird, kommt es nur zu minimalen Einsparungen, da die Gehaltszahlungen (in veränderter Form) weiterlaufen, die zusätzliche Arbeitsbelastung fällt jedoch zu 100 % an. Da es ab dem 57. Lebensjahr einen gesetzlichen Anspruch auf Altersteilzeit gibt, kann der Arbeitgeber in diesem Bereich nur durch die Nichtwiederbesetzung gegensteuern, oder muss Personalkostensteigerungen hinnehmen.

Insgesamt gibt es innerhalb der Stadtverwaltung z. Z. 66 aktuelle Fälle von Altersteilzeit, davon 7 im Fachbereich I.

Unterlehberg

Oberbürgermeister

Anlagen:

Anlage 1: Dokumentation der bisherigen erreichten Umsetzungserfolge, Einschätzung weiterer Einsparpotentiale und Übersicht der zur Zeit laufenden Prüfmaßnahmen

Anlage 2.1: Stellungnahme der EDV vom 14.08.2007 zum Prüfauftrag der Ratsversammlung vom 27.03.2007 (Ifd. Nr. II/17)

Anlage 2.2: Ergänzende Stellungnahme der EDV vom 08.11.2007

Anlage 2.3: Verwendungsnachweis Kom Ego

Anlage 2.4: Bisheriger Einsatz eines graphischen Informationssystems bei der Stadt Neumünster